



MINISTERIALBLATT

FÜR DAS LAND NORDRHEIN-WESTFALEN

58. Jahrgang

Ausgegeben zu Düsseldorf am 11. Februar 2005

Nummer 7

Inhalt

I.

Veröffentlichungen, die in die Sammlung des Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen (SMBL. NRW.) aufgenommen werden.

Glied.-Nr.	Datum	Titel	Seite
21220	27. 11. 2004	Änderung der Satzung der Westfälisch-Lippischen Ärzteversorgung vom 27. November 2004	150
21221	13. 1. 2005	RdErl. d. Ministeriums für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie Richtlinien zur Durchführung des Heilpraktikergesetzes	155
7126	14. 1. 2005	RdErl. d. Innenministeriums Allgemeine Erlaubnis für Kleine Lotterien und Ausspielungen	155
7861	20. 12. 2004	RdErl. d. Ministeriums für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von landwirtschaftlichen Betrieben in benachteiligten Gebieten (Ausgleichszulage) und in Gebieten mit umweltspezifischen Einschränkungen (Ausgleichszahlung)	156
7920	30. 12. 2004	RdErl. d. Ministeriums für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz Vordrucke für die Wildbewirtschaftung	156

II.

Veröffentlichungen, die **nicht** in die Sammlung des Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen (SMBL. NRW.) aufgenommen werden.

Glied.-Nr.	Datum	Titel	Seite
		Finanzministerium	
18.	1. 2005	RdErl. – Anteil der Gemeinden an der Umsatzsteuer im Haushaltsjahr 2004	161
		Innenministerium	
17.	1. 2005	Bek. – Ideenmanagement NRW	161
17.	1. 2005	Bek. – Behördliches Vorschlagswesen	165
		Landeswahlleiterin	
26.	1. 2005	Bek. – Landtagswahl 2000; Feststellung von Nachfolgern aus der Landesreserveliste	165
		Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz	
13.	1. 2005	Bek. – Ausschreibung des Landeswettbewerbs 2005/2006 „Unser Dorf hat Zukunft“	165

I.**21220**

**Änderung
der Satzung der
Westfälisch-Lippischen Ärzteversorgung
vom 27. November 2004**

Die Kammerversammlung der Ärztekammer Westfalen-Lippe hat in ihrer Sitzung am 27. November 2004 aufgrund des § 23 des Heilberufsgesetzes vom 9. Mai 2000 (GV. NRW. S. 403) – SGV. NRW. 2122, zuletzt geändert durch Artikel 9 des Gesetzes vom 17. 12. 2002 (GV. NRW. S. 641) – folgende Änderungen der Satzung der Westfälisch-Lippischen Ärzteversorgung beschlossen, die durch Erlass des Finanzministeriums des Landes Nordrhein-Westfalen vom 4. 1. 2005 – Vers 35 – 00 – 1 (U 24) IV C 4 – genehmigt worden ist.

I.

Die Satzung der Westfälisch-Lippischen Ärzteversorgung vom 29. 9. 2001 (SMBL. NRW. 21220) wird wie folgt geändert:

1**§ 1 Abs. 5 erhält folgende Fassung:**

(5) Die Kammermitglieder sind verpflichtet, der Ärzteversorgung Westfalen-Lippe die nach dieser Satzung notwendigen Auskünfte zu erteilen. Erklärungen nach der Satzung sind schriftlich und, soweit ausdrücklich nicht etwas anderes geregelt ist, gegenüber der Ärzteversorgung Westfalen-Lippe abzugeben.

2**§ 6 erhält folgende Fassung:**

**§ 6
Mitgliedschaft**

(1) Pflichtmitglieder der Ärzteversorgung Westfalen-Lippe sind – vorbehaltlich der in § 41 getroffenen Übergangsregelungen – alle Angehörigen der Ärztekammer Westfalen-Lippe, die

1. im Landesteil Westfalen-Lippe des Landes Nordrhein-Westfalen eine ärztliche Tätigkeit ausüben oder,
2. falls sie dort keine ärztliche Tätigkeit ausüben, aber zum Wehr- oder Zivildienst eingezogen werden, am Tage vor ihrer Einberufung dort ihren gewöhnlichen Aufenthalt haben.

(2) Ausgenommen von der Mitgliedschaft sind diejenigen, die zum Zeitpunkt des Erwerbs der Mitgliedschaft:

1. Das 65. Lebensjahr bereits vollendet haben.
2. Beamte auf Lebenszeit oder Sanitätsoffiziere als Berufssoldaten sind. Endet das Beamtenverhältnis oder das Dienstverhältnis als Soldat und wird eine ärztliche Tätigkeit ausgeübt, besteht Pflichtmitgliedschaft gemäß Abs. 1 Nr. 1.

(3) Aus der Ärzteversorgung Westfalen-Lippe scheiden aus, Mitglieder, die:

1. der Ärztekammer Westfalen-Lippe nicht mehr angehören, mit dem Zeitpunkt des Verlustes ihrer Zugehörigkeit zur Ärztekammer Westfalen-Lippe.
2. zu Beamten auf Lebenszeit oder Berufssoldaten ernannt werden, mit dem Zeitpunkt der Ernennung. Endet das Beamtenverhältnis oder das Dienstverhältnis als Soldat und wird eine ärztliche Tätigkeit ausgeübt, besteht Pflichtmitgliedschaft gemäß Abs. 1 Nr. 1.
3. ihren ärztlichen Beruf nicht mehr ausüben. Eine zusammenhängende Unterbrechung der ärztlichen Berufsausübung von weniger als sechs Monaten führt nicht zum Ausscheiden aus der Ärzteversorgung Westfalen-Lippe. Soweit der ärztliche Beruf deshalb nicht ausgeübt wird, weil

- a. ein gesetzliches Beschäftigungsverbot nach § 3 Abs. 2 oder § 6 Abs. 1 des Mutterschutzgesetzes oder entsprechenden beamtenrechtlichen Regelungen besteht oder nach § 3 Abs. 2 oder § 6 Abs. 1 des Mutterschutzgesetzes bestehen würde, wenn das betroffene Mitglied nicht selbständig, sondern unselbständig tätig sein würde,
- b. sich das Mitglied in der Zeit ab dem Tage der Geburt bis zur Vollendung des 15. Lebensmonats – bei Geburten nach dem 1. 1. 1992 bis zur Vollendung des 36. Lebensmonats – seines Kindes ausschließlich dessen Betreuung und Erziehung zugewandt hat,
- c. das Mitglied arbeitslos im Sinne des Sozialgesetzbuches III gemeldet ist,
- d. das Mitglied wegen der Gewährung einer Berufsunfähigkeitsrente seine ärztliche Tätigkeit eingestellt hat,

führt dies auch dann nicht zum Ausscheiden aus der Ärzteversorgung Westfalen-Lippe, wenn die Zeit von sechs Monaten überschritten wird. Als Kinder im Sinne von Buchstabe b. gelten die in § 15 Abs. 2 aufgeführten Kinder.

(4) Auf Antrag werden Angehörige der Ärztekammer Westfalen-Lippe von der Pflichtmitgliedschaft befreit, die

1. aufgrund eines Anstellungs- oder eines Dienstvertrages Anspruch auf Ruhegehalt und Hinterbliebenenversorgung haben und mit Rücksicht darauf gemäß § 5 Abs. 1 Nr. 2 SGB VI von der Versicherungspflicht in der gesetzlichen Rentenversicherung befreit sind. Endet der Anstellungs- oder Dienstvertrag und wird eine ärztliche Tätigkeit ausgeübt, besteht Pflichtmitgliedschaft gemäß Abs. 1 Nr. 1.
2. Beamte auf Zeit, auf Widerruf oder auf Probe oder Sanitätsoffiziere als Soldaten auf Zeit sind. Endet das Beamtenverhältnis oder das Dienstverhältnis als Soldat und wird eine ärztliche Tätigkeit ausgeübt, besteht Pflichtmitgliedschaft gemäß Abs. 1 Nr. 1.

Der Antrag auf Befreiung von der Mitgliedschaft ist innerhalb von sechs Monaten nach Zugehörigkeit zur Ärztekammer Westfalen-Lippe zu stellen, wenn zu diesem Zeitpunkt die Voraussetzungen für eine Befreiung bereits vorgelegen haben, sonst innerhalb von sechs Monaten nach Eintritt der Voraussetzungen. Die Befreiung erfolgt entweder rückwirkend für die Zeit der Zugehörigkeit zur Ärztekammer oder von dem Zeitpunkt an, in dem die Voraussetzungen für die Befreiung eingetreten sind.

(5) Die Pflichtmitgliedschaft endet mit dem Ablauf des Monats, in dem das Mitglied verstorben ist.

3**§ 7 erhält folgende Fassung:**

**§ 7
Freiwillige Mitgliedschaft**

(1) Angehörige der Ärztekammer Westfalen-Lippe, die

1. nach § 6 Abs. 2 Nr. 2 von der Mitgliedschaft ausgenommen oder
2. nach § 6 Abs. 4 Nr. 1 oder 2 befreit worden sind,

können innerhalb einer Frist von sechs Monaten, beginnend mit dem Zeitpunkt ihrer Zugehörigkeit zur Ärztekammer Westfalen-Lippe, ihre freiwillige Mitgliedschaft erklären.

(2) Wer zunächst Mitglied der Ärzteversorgung Westfalen-Lippe war und

1. nach § 6 Abs. 3 aus der Ärzteversorgung Westfalen-Lippe ausgeschieden oder
2. nach § 6 Abs. 4 Nr. 1 oder 2 von der Mitgliedschaft befreit worden ist,

kann innerhalb einer Frist von sechs Monaten, beginnend mit dem Zeitpunkt des Ausscheidens bzw. der Befreiung von der Mitgliedschaft, seine freiwillige Mitgliedschaft erklären.

(3) Die freiwillige Mitgliedschaft endet:

1. mit dem Eintritt der Voraussetzungen einer Pflichtmitgliedschaft bei der Ärzteversorgung Westfalen-Lippe,
 2. durch Kündigung des freiwilligen Mitgliedes,
 3. durch Kündigung der Ärzteversorgung Westfalen-Lippe, die nur im Falle des Zahlungsverzuges zulässig ist. Sie setzt voraus, dass das freiwillige Mitglied wegen eines Beitragsrückstandes gemahnt wurde und der Zahlungsaufforderung innerhalb einer Frist von vier Wochen nicht nachgekommen ist. Die Mahnung muss auf die Rechtsfolgen des Zahlungsverzuges hinweisen.
 4. dem Ablauf des Monats, in dem das Mitglied verstorben ist.
- (4) Die Beendigung der freiwilligen Mitgliedschaft wird wirksam mit dem:
1. Eintritt der in Abs. 3 Nr. 1 oder Nr. 4 genannten Voraussetzungen,
 2. Ablauf des Monats, in dem die Kündigung nach Abs. 3 Nr. 2 oder 3 zugegangen ist.

4

§ 8 erhält folgende Fassung:

§ 8

Leistungen

(1) Die Versorgungseinrichtung gewährt Rechtsanspruch auf folgende Leistungen:

1. Altersrente,
2. Berufsunfähigkeitsrente,
3. Hinterbliebenenrente,
4. Kinderzuschuss,
5. Überleitung der Versorgungsabgabe,
6. Kapitalabfindung im Falle der Wiederheirat,
7. Sterbegeld.

(2) Soweit die Leistungen auf Antrag gewährt werden, ist dieser schriftlich zu stellen.

5

§ 11 Abs. 2 Satz 3 Nr. 1 erhält folgende Fassung:

Sofern dies einen höheren Wert ergibt, werden bei der Berechnung der durchschnittlich jährlich erworbenen Steigerungszahl nicht berücksichtigt:

1. Die ersten drei Geschäftsjahre seit Beginn der Mitgliedschaft sowie die während dieser Zeit erworbenen Steigerungszahlen. Dies gilt auch für Fälle einer Überleitung oder Nachversicherung gemäß § 18. Versorgungsabgaben der ersten drei Geschäftsjahre, die erst nach Ablauf des dritten Geschäftsjahres geleistet worden sind, werden bei der Berechnung der durchschnittlich jährlich erworbenen Steigerungszahl, die ohne Berücksichtigung der ersten drei Geschäftsjahre erfolgt, nicht berücksichtigt.

6

§ 11 Abs. 3 Satz 8 erhält folgende Fassung:

Ist die Mitgliedschaft gemäß § 6 oder § 41 entfallen und besteht auch keine freiwillige Mitgliedschaft, wird der Jahresbetrag der Rente nur aufgrund der in Satz 2 Nr. 1 genannten Steigerungszahlen ermittelt.

7

§ 13 Abs. 2 erhält folgende Fassung:

(2) Hinterbliebenenrenten werden auf Antrag gewährt, wenn zum Zeitpunkt des Todes Anspruch auf Altersrente oder Anwartschaft auf Berufsunfähigkeitsrente bestand bzw. Alters- oder Berufsunfähigkeitsrente bezogen wurde.

8

§ 16 Abs. 1 erhält folgende Fassung:

(1) Die Witwen- und Witwerrente gemäß § 14 Abs. 1 und 2 beträgt 60 v. H., die Waisenrente für jede Vollwaise 30 v. H. und die Halbwaisenrente für jede Halbwaise 10 v. H. der nachstehend unter Nr. 1 bis Nr. 3 zu errechnenden Rente.

1. Bezog das Mitglied im Zeitpunkt seines Todes Altersrente gemäß § 9, so erfolgt die Berechnung nach dieser Rente.
2. Bezog das Mitglied im Zeitpunkt seines Todes Berufsunfähigkeitsrente nach § 10, so ist die Berufsunfähigkeitsrente zugrunde zu legen, die das Mitglied bezogen hätte, wenn bei der Berechnung der Berufsunfähigkeitsrente für die Zurechnungszeit nach § 11 Abs. 4 Nr. 2 statt des 60. das 65. Lebensjahr zugrunde gelegt worden wäre. Gleiches gilt, wenn das Mitglied im Zeitpunkt seines Todes noch keine Alters- oder Berufsunfähigkeitsrente bezog.
3. Ist die Mitgliedschaft gemäß § 6 oder § 41 entfallen und freiwillige Mitgliedschaft nicht aufrechterhalten, wird die Rente nur aufgrund der tatsächlich erworbenen Steigerungszahlen gemäß § 11 Abs. 3 Nr. 1 berechnet.

9

§ 18 erhält folgende Fassung:

§ 18

Überleitung von Versorgungsabgaben, Nachversicherung

(1) Endet die Mitgliedschaft bei der Ärzteversorgung Westfalen-Lippe und wird das Mitglied aufgrund einer durch Gesetz angeordneten oder auf Gesetz beruhenden Verpflichtung Mitglied einer anderen öffentlich-rechtlichen Versicherungs- oder Versorgungseinrichtung, so werden auf Antrag des Mitgliedes die in Abs. 4 aufgeführten Geldleistungen, die bisher an die Ärzteversorgung Westfalen-Lippe geleistet worden sind, an die neue Versicherungs- oder Versorgungseinrichtung übergeleitet. Voraussetzung für die Überleitung ist, dass zwischen der Ärzteversorgung Westfalen-Lippe und der anderen Versicherungs- oder Versorgungseinrichtung ein Überleitungsvertrag gemäß Abs. 3 besteht. Mit der Überleitung erlöschen die Rechte und Pflichten des Mitgliedes gegenüber der Ärzteversorgung Westfalen-Lippe. Die Verpflichtung des Mitgliedes zur Zahlung rückständiger Beiträge an die Ärzteversorgung Westfalen-Lippe bleibt davon unberührt.

(2) Mitglieder, die aufgrund einer durch Gesetz angeordneten oder auf Gesetz beruhenden Verpflichtung Mitglieder einer anderen öffentlich-rechtlichen Versicherungs- oder Versorgungseinrichtung waren und dort ausgeschieden sind, weil sie durch Aufnahme einer ärztlichen Tätigkeit Mitglieder der Ärzteversorgung Westfalen-Lippe geworden sind, können, soweit zwischen der Ärzteversorgung Westfalen-Lippe und der anderen Versicherungs- oder Versorgungseinrichtung ein Überleitungsvertrag gemäß Abs. 3 besteht, beantragen, dass die in Abs. 4 aufgeführten Geldleistungen, die bisher an die andere Versicherungs- oder Versorgungseinrichtung geleistet worden sind, zur Ärzteversorgung Westfalen-Lippe übergeleitet werden. Als Folge der Überleitung gelten die Mitglieder rückwirkend ab dem Beginn des Überleitungszeitraumes als Pflichtmitglieder der Ärzteversorgung Westfalen-Lippe. Die übergeleiteten Versorgungsabgaben werden so behandelt, als seien sie während des Überleitungszeitraumes statt zur bisherigen Versicherungs- oder Versorgungseinrichtung zur Ärzteversorgung Westfalen-Lippe entrichtet worden.

(3) Überleitungsverträge werden vom Verwaltungsausschuss mit Zustimmung des Aufsichtsausschusses abgeschlossen. Sie sind gemäß § 1 Abs. 4 Satz 1 bekannt zu geben.

(4) Die Überleitung erstreckt sich auf die vom Mitglied oder für das Mitglied entrichteten Geldleistungen. Zu den Geldleistungen, die für das Mitglied geleistet worden sind, gehören insbesondere

1. für das Mitglied geleistete Nachversicherungsbeiträge einschließlich der Dynamisierungszuschläge gemäß § 181 Abs. 4 SGB VI,
2. Pflegeversicherungsbeiträge,
3. vom Arbeitsamt geleistete Beiträge,
4. Beiträge für Wehr- und Zivildienstleistungen sowie Wehr- und Eignungsübungen und
5. vom Bundesversicherungsamt für den Mutterschaftsurlaub geleistete Beiträge.

Von der Überleitung ausgenommen sind die

1. Zinsen, die der abgebenden Versorgungseinrichtung aus den Geldleistungen gemäß Absatz 1 erwachsen sind.
 2. Beiträge, die den Anwartschaften oder Renten zugrunde liegen, die im Zuge einer Versorgungsausgleichsentscheidung zulasten der Anwartschaften des die Überleitung beantragenden Mitgliedes begründet worden sind. Sie werden auf Antrag des ausgleichspflichtigen Mitgliedes unter Beachtung der Regelungen des § 4 VAHRG zugunsten des ausgleichspflichtigen Mitgliedes an das Versorgungswerk, bei dem das ausgleichspflichtige Mitglied im Zeitpunkt des Eintritts der Voraussetzungen des § 4 VAHRG Mitglied ist, übergeleitet, sobald die Voraussetzungen des § 4 VAHRG eingetreten sind. Der Antrag ist bei dem Versorgungswerk zu stellen, bei dem der Ausgleichspflichtige im Zeitpunkt des Eintritts der Voraussetzungen des § 4 VAHRG Mitglied ist. Dieses ist für die Feststellung der Ansprüche aus § 4 VAHRG zuständig.
 3. Säumniszuschläge, Stundungszinsen oder Kosten, die zulasten des Mitgliedes vom abgebenden Versorgungswerk erhoben worden sind.
- (5) Die Überleitung ist ausgeschlossen, sofern das Mitglied
1. in dem Zeitpunkt, in dem es die Mitgliedschaft in der aufnehmenden Versorgungseinrichtung erwirbt, das 45. Lebensjahr bereits vollendet hat;
 2. in der abgebenden Versorgungseinrichtung für mehr als sechzig Monate Beiträge entrichtet hat. Begann oder endete die Mitgliedschaft während eines Monats, wird der Monat als voller Monat gerechnet; gleiches gilt, wenn nicht für einen vollen Monat Beiträge entrichtet worden sind. Sofern das Mitglied bei der abgebenden Versorgungseinrichtung nachversichert worden ist oder zugunsten des Mitgliedes bei der abgebenden Versorgungseinrichtung eine Überleitung stattgefunden hat, sind die Nachversicherungs- oder Überleitungszeiten entsprechend zu berücksichtigen;
 3. in dem Zeitpunkt, in dem seine Mitgliedschaft in der abgebenden Versorgungseinrichtung endete, bei der abgebenden oder aufnehmenden Versorgungseinrichtung bereits einen Antrag auf Gewährung einer Berufsunfähigkeitsrente gestellt hat.

Die Überleitung ist ferner ausgeschlossen, sofern und solange Ansprüche des Mitgliedes gegen die Versorgungseinrichtung gepfändet worden sind.

(6) Die Überleitung ist nicht dadurch ausgeschlossen, dass

1. während der Zeit der Mitgliedschaft als Folge eines bereits rechtskräftig abgeschlossenen Scheidungsverfahrens
 - a. zu Lasten der Anwartschaften des die Überleitung beantragenden Mitgliedes bei der abgebenden Versorgungseinrichtung Anwartschaften zu Gunsten eines oder einer Ausgleichsberechtigten bei der abgebenden oder einer anderen Versorgungseinrichtung oder einem Träger der gesetzlichen Rentenversicherung begründet worden sind.
 - b. zu Gunsten des Mitgliedes Anwartschaften bei der abgebenden Versorgungseinrichtung begründet worden sind.
2. in dem Zeitpunkt, in dem die Mitgliedschaft des die Überleitung beantragenden Mitgliedes in der abgebenden Versorgungseinrichtung endet, ein Eheschei-

dungsverfahren anhängig, aber noch nicht rechtskräftig abgeschlossen ist.

(7) Der Antrag auf Überleitung ist schriftlich innerhalb einer Frist von sechs Monaten, gerechnet ab dem Zeitpunkt des Beginns der Mitgliedschaft bei der aufnehmenden Versorgungseinrichtung, bei einer der beiden Versorgungseinrichtungen zu stellen. Für die Fristwahrung wird auf den Zugang des Antrages bei einer der beiden Versorgungseinrichtungen abgestellt. Macht das Mitglied innerhalb der zuvor genannten Frist von seinem Recht, die zu der abgebenden Versorgungseinrichtung entrichteten Geldleistungen übergeleitet zu bekommen, keinen Gebrauch, ist das Recht auf Überleitung dieser Geldleistungen erloschen. Es lebt auch nicht dadurch wieder auf, dass das Mitglied später Mitglied einer weiteren Versorgungseinrichtung wird.

(8) Mitglieder, die nach den Bestimmungen des Sozialgesetzbuches VI einen Antrag auf Nachversicherung zur Ärzteversorgung Westfalen-Lippe gestellt haben und nachversichert werden, gelten rückwirkend ab dem Beginn der Nachversicherungszeit als Pflichtmitglieder der Ärzteversorgung Westfalen-Lippe. Die Ärzteversorgung Westfalen-Lippe nimmt die Nachversicherungsbeiträge entgegen und behandelt diese so, als seien sie als Versorgungsabgaben gemäß § 27 rechtzeitig in der Zeit entrichtet worden, für die die Nachversicherung durchgeführt wird. Das Ruhen der Pflicht zur Leistung von Versorgungsabgaben oder der Eintritt des Versorgungsfalles stehen der Nachversicherung nicht entgegen. Hat das Mitglied während des Nachversicherungszeitraumes Versorgungsabgaben zur Ärzteversorgung Westfalen-Lippe entrichtet, und übersteigen diese zusammen mit dem Nachversicherungsbeitrag den Höchstbeitrag gemäß § 22 Absatz 2, werden die vom Mitglied geleisteten Versorgungsabgaben, in Höhe des den Höchstbeitrag übersteigenden Teils dem Mitglied ohne Zinsen erstattet. Bei der Berechnung des den Höchstbetrag übersteigenden Teils bleiben Dynamisierungszuschläge, die im Zuge der Nachversicherung an die Ärzteversorgung Westfalen-Lippe geleistet worden sind, außer Betracht. Nachversicherungsbeiträge sind keine Kapitaleinzahlungen im Sinne des § 37 Abs. 2 der Satzung.

10

§ 20 Absatz 4 wird gestrichen.

11

§ 21 Abs. 1 erhält folgende Fassung:

(1) Werden Ehepartner geschieden, die beide Mitglieder der Ärzteversorgung Westfalen-Lippe sind oder waren, findet Realteilung gemäß § 1 Abs. 2 des Gesetzes zur Regelung von Härten im Versorgungsausgleich vom 21. Februar 1983 (BGBl. I S. 105) statt, in dem zu Lasten des Anrechts des ausgleichspflichtigen Ehegatten für den ausgleichsberechtigten Ehegatten ein Anrecht begründet wird. Realteilung findet auch statt, wenn der ausgleichsberechtigte Ehegatte als Mitglied einer anderen Versicherungs- oder Versorgungseinrichtung angehört oder angehört hat, mit der die Ärzteversorgung Westfalen-Lippe einen Überleitungsvertrag gemäß § 18 Abs. 3 geschlossen hat.

12

§ 23 Abs. 4 erhält folgende Fassung:

(4) Beamte auf Zeit, auf Widerruf oder auf Probe oder Sanitätsoffiziere als Soldaten auf Zeit, die nicht gemäß § 6 Abs. 4 Nr. 2 befreit sind, leisten eine Versorgungsabgabe in Höhe der Mindestversorgungsabgabe gemäß § 22 Abs. 3.

13

§ 24 erhält folgende Fassung:

§ 24

Versorgungsabgaben für freiwillige Mitglieder

Freiwillige Mitglieder im Sinne des § 7 leisten Versorgungsabgaben in Höhe der Mindestversorgungsabgabe gemäß § 22 Abs. 3. Sie sind berechtigt, Versorgungsabgaben bis zur Höchstgrenze gemäß § 22 Abs. 2 zu leisten.

Nach Vollendung des 50. Lebensjahres ist die Berechtigung nach Satz 2 auf maximal die Versorgungsabgabe beschränkt, die zu zahlen ist, um die bis zur Vollendung des 50. Lebensjahres jährlich durchschnittlich erworbene Steigerungszahl zu erreichen. Satz 3 gilt nicht für diejenigen Mitglieder, die vor dem 1. 1. 2005 das 50. Lebensjahr vollendet hatten.

14

§ 26 Abs. 2 erhält folgende Fassung:

(2) Bei der Ermittlung der im Geschäftsjahr insgesamt eingegangenen Versorgungsabgaben bleiben unberücksichtigt:

1. Überleitungs- und Nachversicherungsbeiträge der Vorjahre – § 18.
2. Abgaben zur freiwilligen Zusatzversorgung – § 29.
3. Zahlungen zum Ausgleich der Kürzung infolge des Versorgungsausgleichs – § 21 Abs. 4.
4. Versorgungsabgaben, die während eines Leistungsbezuges gemäß § 27 Abs. 4 entrichtet werden.
5. Entlassungsentschädigungen gemäß § 9 Abs. 2 Satz 3.

15

§ 29 Abs. 1 erhält folgende Fassung:

(1) Mitglieder, die die Höchstabgabe gemäß § 22 Abs. 1 entrichten, sind darüber hinaus berechtigt, Abgaben zur freiwilligen Zusatzversorgung bis zur Höhe der Differenz zwischen dem 1,3-fachen der durchschnittlichen Versorgungsabgabe des vorletzten Geschäftsjahres und dem für die Befreiung von der Körperschaftsteuer zulässigen Betrag zu entrichten. Mitglieder, die

- a. vor dem 31. 12. 2004 Abgaben zur freiwilligen Zusatzversorgung entrichtet haben, oder
- b. geltend machen können, von ihrem Arbeitgeber über die Pflichtversorgungsabgabe hinaus weitere Beiträge für eine zusätzliche Versorgung nur unter der Voraussetzung zu erhalten, dass diese in die freiwillige Zusatzversorgung entrichtet werden,

sind von der Beschränkung des Satzes 1 ausgenommen.

16

§ 31 wird aufgehoben.

17

§ 41 erhält folgende Fassung:

§ 41

Übergangsregelung wegen der Aufhebung der Altersgrenze 45. Lebensjahr

(1) Ärztinnen und Ärzte, die am 31. 12. 2004 das 45. Lebensjahr noch nicht vollendet hatten und vor dem 1. 1. 2005 aus der Ärzteversorgung Westfalen-Lippe ausgeschieden und zunächst aufgrund einer durch Gesetz angeordneten oder auf Gesetz beruhenden Verpflichtung Mitglieder einer anderen öffentlich-rechtlichen Versicherungs- oder Versorgungseinrichtung ihrer Berufsgruppe außerhalb des Bereiches der Ärztekammer Westfalen-Lippe geworden, aber von der dort entstandenen Pflichtmitgliedschaft befreit worden sind, weil sie ihre Mitgliedschaft bei der Ärzteversorgung Westfalen-Lippe aufrechterhalten haben, bleiben Pflichtmitglieder der Ärzteversorgung Westfalen-Lippe. Für die nach Satz 1 aufrechterhaltene Pflichtmitgliedschaft gelten die Vorschriften des § 6 entsprechend. Die nach Satz 1 aufrechterhaltene Mitgliedschaft endet mit dem Zeitpunkt, zu dem

1. eine Pflichtmitgliedschaft bei einer anderen öffentlich-rechtlichen Versicherungs- oder Versorgungseinrichtung ihrer Berufsgruppe begründet worden ist oder
2. die ärztliche Tätigkeit außerhalb der Bundesrepublik Deutschland ausgeübt wird.

Diejenigen, bei denen die Mitgliedschaft nach Satz 3 endet, können gemäß § 7 die freiwillige Mitgliedschaft erklären. Nehmen diejenigen, deren Mitgliedschaft

nach Satz 3 Nr. 2 endete, ihre ärztliche Tätigkeit außerhalb des Bereiches der Ärztekammer Westfalen-Lippe, aber im Bereich einer anderen öffentlich-rechtlichen Versicherungs- oder Versorgungseinrichtung ihrer Berufsgruppe wieder auf, können sie, sofern sie nicht Pflichtmitglieder einer anderen öffentlich-rechtlichen Versicherungs- oder Versorgungseinrichtung ihrer Berufsgruppe außerhalb des Bereiches der Ärztekammer Westfalen-Lippe geworden sind, ihre Mitgliedschaft als Pflichtmitgliedschaft zur Ärzteversorgung erklären mit der Folge, dass eine bis dahin bestehende freiwillige Mitgliedschaft endet. Diese Erklärung ist innerhalb einer Frist von 6 Monaten, beginnend ab dem Zeitpunkt der Wiederaufnahme der ärztlichen Tätigkeit, abzugeben.

(2) Ärztinnen und Ärzte, die am 31. 12. 2004 das 45. Lebensjahr vollendet hatten und vor dem 1. 1. 2005 aus der Ärzteversorgung Westfalen-Lippe ausgeschieden und zunächst aufgrund einer durch Gesetz angeordneten oder auf Gesetz beruhenden Verpflichtung Mitglieder einer anderen öffentlich-rechtlichen Versicherungs- oder Versorgungseinrichtung ihrer Berufsgruppe außerhalb des Bereiches der Ärztekammer Westfalen-Lippe geworden, aber von der dort entstandenen Pflichtmitgliedschaft befreit worden sind, weil sie ihre Mitgliedschaft bei der Ärzteversorgung Westfalen-Lippe aufrechterhalten haben, bleiben Pflichtmitglieder der Ärzteversorgung Westfalen-Lippe. Für die nach Satz 1 aufrechterhaltene Pflichtmitgliedschaft gelten die Vorschriften des § 6 entsprechend. Die nach Satz 1 aufrechterhaltene Mitgliedschaft endet mit dem Zeitpunkt, zu dem

1. eine Pflichtmitgliedschaft bei einer anderen öffentlich-rechtlichen Versicherungs- oder Versorgungseinrichtung ihrer Berufsgruppe begründet worden ist oder
2. die Bedingungen des § 6 Abs. 3 eintreten.

Diejenigen, bei denen die Mitgliedschaft nach Satz 3 endet, können gemäß § 7 die freiwillige Mitgliedschaft erklären. Nehmen diejenigen, deren Mitgliedschaft nach Satz 3 Nr. 2 endete, ihre ärztliche Tätigkeit innerhalb oder außerhalb des Bereiches der Ärztekammer Westfalen-Lippe wieder auf, endet eine bis dahin bestehende freiwillige Mitgliedschaft. Die Betroffenen können, sofern sie nicht Pflichtmitglieder einer anderen öffentlich-rechtlichen Versicherungs- oder Versorgungseinrichtung ihrer Berufsgruppe außerhalb des Bereiches der Ärztekammer Westfalen-Lippe geworden sind, ihre Mitgliedschaft als Pflichtmitgliedschaft zur Ärzteversorgung Westfalen-Lippe erklären. Für Ärztinnen und Ärzte, die am 31. 12. 2004 das 45. Lebensjahr vollendet hatten und nach dem 1. 1. 2005 gemäß § 6 Abs. 3 Nr. 1 aus der Ärzteversorgung Westfalen-Lippe ausscheiden, gelten die Sätze 4, 5 und 6 entsprechend. Die Erklärung gemäß Satz 6 ist innerhalb einer Frist von 6 Monaten, beginnend ab dem Zeitpunkt der Wiederaufnahme der ärztlichen Tätigkeit, abzugeben. Wird die Erklärung nicht abgegeben, besteht kein Recht, nach § 7 die freiwillige Mitgliedschaft zu erklären.

(3) Ärztinnen und Ärzte, die am 31. 12. 2004 das 45. Lebensjahr noch nicht vollendet hatten und

1. vor dem 1. 1. 2005 von der Pflichtmitgliedschaft bei der Ärzteversorgung Westfalen-Lippe gemäß § 6 Abs. 2 in der bis zum 31. 12. 2004 geltenden Fassung ausgenommen oder gemäß § 6 Abs. 4 Nr. 2, 3 oder 4 in der bis zum 31. 12. 2004 geltenden Fassung befreit worden oder aus der Ärzteversorgung Westfalen-Lippe gemäß § 6 Abs. 3 in der bis zum 31. 12. 2004 geltenden Fassung ausgeschieden sind, bleiben von der Pflichtmitgliedschaft ausgenommen, befreit oder gelten als ausgeschieden, solange der Grund für
 - a. die Ausnahme oder Befreiung von der Pflichtmitgliedschaft besteht oder
 - b. das Ausscheiden aus der Ärzteversorgung Westfalen-Lippe andauert.

Üben die Betroffenen nach dem Fortfall des Grundes für die Ausnahme, für die Befreiung oder für das Ausscheiden eine ärztliche Tätigkeit aus

- a. im Bereich der Ärztekammer Westfalen-Lippe, gelten für die Mitgliedschaft die Regelungen des § 6.
- b. im Bereich einer anderen öffentlich-rechtlichen Versicherungs- oder Versorgungseinrichtung ihrer Berufsgruppe, können sie, wenn sie
 - aa. nicht Mitglied einer anderen öffentlich-rechtlichen Versicherungs- oder Versorgungseinrichtung ihrer Berufsgruppe werden können und
 - bb. gegenüber der Ärzteversorgung Westfalen-Lippe einen Rechtsanspruch auf satzungsgemäße Leistungen haben,

erklären, ihre Mitgliedschaft als Pflichtmitgliedschaft bei der Ärzteversorgung Westfalen-Lippe fortzuführen. Die Erklärung ist innerhalb einer Frist von sechs Monaten, beginnend mit dem Zeitpunkt des Fortfalls des Befreiungsgrundes, abzugeben. Wird die Erklärung nicht abgegeben, besteht kein Recht, nach § 7 die freiwillige Mitgliedschaft zu erklären.

2. vor dem 1. 1. 2005 von der Pflichtmitgliedschaft bei der Ärzteversorgung Westfalen-Lippe gemäß § 6 Abs. 4 Nr. 1 in der bis zum 31. 12. 2004 geltenden Fassung zugunsten einer anderen öffentlich-rechtlichen Versicherungs- oder Versorgungseinrichtung ihrer Berufsgruppe befreit waren, bleiben befreit, solange die Pflichtmitgliedschaft in dieser anderen öffentlich-rechtlichen Versicherungs- oder Versorgungseinrichtung ihrer Berufsgruppe besteht. Endet die Pflichtmitgliedschaft bei der anderen öffentlich-rechtlichen Versicherungs- oder Versorgungseinrichtung ihrer Berufsgruppe, und üben die Betroffenen eine ärztliche Tätigkeit im Bereich der Ärztekammer Westfalen-Lippe aus, gelten für die Mitgliedschaft die Regelungen des § 6.

- (4) Ärztinnen und Ärzte, die am 31. 12. 2004 das 45. Lebensjahr vollendet hatten und

1. vor dem 1. 1. 2005 von der Pflichtmitgliedschaft bei der Ärzteversorgung Westfalen-Lippe gemäß § 6 Abs. 2 in der bis zum 31. 12. 2004 geltenden Fassung ausgenommen oder gemäß § 6 Abs. 4 Nr. 2, 3 oder 4 in der bis zum 31. 12. 2004 geltenden Fassung befreit worden oder aus der Ärzteversorgung Westfalen-Lippe gemäß § 6 Abs. 3 in der bis zum 31. 12. 2004 geltenden Fassung ausgeschieden sind, bleiben von der Pflichtmitgliedschaft ausgenommen, befreit oder gelten als ausgeschieden, solange der Grund für

- a. die Ausnahme oder Befreiung von der Pflichtmitgliedschaft besteht oder
- b. das Ausscheiden aus der Ärzteversorgung Westfalen-Lippe andauert.

Nach Fortfall des Grundes für die Ausnahme, die Befreiung oder das Ausscheiden können die Betroffenen, wenn sie

- a. eine ärztliche Tätigkeit ausüben,
- b. nicht Mitglied einer anderen öffentlich-rechtlichen Versicherungs- oder Versorgungseinrichtung ihrer Berufsgruppe werden können und
- c. gegenüber der Ärzteversorgung Westfalen-Lippe einen Rechtsanspruch auf satzungsgemäße Leistungen haben oder gemäß § 18 Abs. 8 nachversichert werden,

erklären, ihre Mitgliedschaft als Pflichtmitgliedschaft bei der Ärzteversorgung Westfalen-Lippe fortzuführen. Die Erklärung ist innerhalb einer Frist von sechs Monaten, beginnend mit dem Zeitpunkt des Fortfalls des Befreiungsgrundes, abzugeben. Wird die Erklärung nicht abgegeben, besteht kein Recht, nach § 7 die freiwillige Mitgliedschaft zu erklären.

2. vor dem 1. 1. 2005 von der Pflichtmitgliedschaft bei der Ärzteversorgung Westfalen-Lippe gemäß § 6 Abs. 4 Nr. 1 in der bis zum 31. 12. 2004 geltenden Fassung zugunsten einer anderen öffentlich-rechtlichen Versicherungs- oder Versorgungseinrichtung ihrer Berufsgruppe befreit waren, bleiben befreit,

solange die Pflichtmitgliedschaft in dieser anderen öffentlich-rechtlichen Versicherungs- oder Versorgungseinrichtung ihrer Berufsgruppe besteht. Endet die Pflichtmitgliedschaft bei der anderen öffentlich-rechtlichen Versicherungs- oder Versorgungseinrichtung ihrer Berufsgruppe, können die Betroffenen, wenn sie

- a. eine ärztliche Tätigkeit im Bereich der Ärztekammer Westfalen-Lippe ausüben und
- b. gegenüber der Ärzteversorgung Westfalen-Lippe einen Rechtsanspruch auf satzungsgemäße Leistungen haben,

erklären, ihre Mitgliedschaft als Pflichtmitgliedschaft bei der Ärzteversorgung Westfalen-Lippe fortzuführen. Die Erklärung ist innerhalb einer Frist von sechs Monaten, beginnend mit dem Zeitpunkt des Fortfalls des Befreiungsgrundes, abzugeben. Wird die Erklärung nicht abgegeben, besteht kein Recht, nach § 7 die freiwillige Mitgliedschaft zu erklären.

- (5) Deutsche Staatsangehörige, die am 31. 12. 2004 das 45. Lebensjahr vollendet hatten und danach im Bereich der Ärztekammer Westfalen-Lippe erstmals eine ärztliche Tätigkeit ausüben, sind von der Mitgliedschaft ausgenommen.

- (6) Angehörige der Ärztekammer Westfalen-Lippe, die vor dem 1. 1. 2005 wegen Vollendens ihres 45. Lebensjahres von der Pflichtmitgliedschaft bei der Ärzteversorgung Westfalen-Lippe ausgenommen waren, bleiben auch nach dem 31. 12. 2004 von der Mitgliedschaft ausgenommen.

18

§ 42 erhält folgende Fassung:

§ 42

In-Kraft-Treten

Diese Satzung tritt mit Wirkung vom 1. Januar 2003 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Satzung der Westfälisch-Lippischen Ärzteversorgung vom 19. Januar 1994 (SMBl. NRW. 21220) außer Kraft.

19

Ziffer 1.4 der Bedingungen der freiwilligen Zusatzversorgung erhält folgende Fassung:

- 1.4 Für den Fall der Überleitung oder Nachversicherung nach § 18 der Satzung können die für vergangene Geschäftsjahre geleisteten Versorgungsabgaben, welche die für die betreffenden Geschäftsjahre jeweils gültigen Höchstbeiträge nach § 22 Abs. 2 der Satzung übersteigen, auf Antrag des Mitgliedes als Abgaben zur freiwilligen Zusatzversorgung für das Jahr der Durchführung der Überleitung oder Nachversicherung angenommen werden.

20

Ziffer 2.7 der Bedingungen der freiwilligen Zusatzversorgung erhält folgende Fassung:

- 2.7 Liegen die Voraussetzungen zum Bezug der Altersrente vor, so ist auf Antrag anstelle der Zusatzrente eine Kapitalabfindung zu zahlen. Der Antrag muss mindestens ein Jahr vor Fälligkeit der Zusatzrente der Versorgungseinrichtung zugegangen sein. Die Kapitalabfindung ist auf die Zusatzrente beschränkt, die aus Beiträgen zu gewähren ist, die bis zum 31. 12. 2004 geleistet worden sind. Ein Antrag auf Kapitalabfindung ist nicht mehr zulässig:

- a. wenn der Bezug der Altersrente nach § 9 Abs. 3 der Satzung hinausgeschoben wurde oder
- b. wenn zu Lasten des Antragstellers ein Versorgungsausgleichsverfahren betreffend die Anwartschaften und Renten aus der freiwilligen Zusatzversorgung durchgeführt worden ist.

Die Höhe der Kapitalabfindung entspricht dem angesammelten Deckungskapital. Bereits gezahlte Zu-

satzrenten sind bei der Berechnung der Höhe der Kapitalabfindung zu berücksichtigen.

21

Ziffer 3.0 der Bedingungen der freiwilligen Zusatzversorgung erhält folgende Fassung:

3.0 Renten an Hinterbliebene

3.1 Die Zahlung von Zusatzrenten an Hinterbliebene richtet sich nach den Bestimmungen der §§ 13 bis 16 und 20 der Satzung.

3.2 Ein Sterbegeld wird nicht gewährt.

22

Ziffern 4.0, 4.1, 4.2 und 4.3 der Bedingungen der freiwilligen Zusatzversorgung werden aufgehoben.

II.

Diese Satzungsänderung tritt mit Wirkung vom 1. Januar 2005 in Kraft.

Genehmigt.

Düsseldorf, den 4. Januar 2005

Finanzministerium
des Landes Nordrhein-Westfalen
Im Auftrag
S t u c k e

Die vorstehende Satzungsänderung wird hiermit ausfertigt und im Ministerialblatt für das Land Nordrhein-Westfalen bekannt gegeben.

Münster, den 17. Januar 2005

Präsident der
Ärztelkammer Westfalen-Lippe
Prof. Dr. med. Ingo F l e n k e r

– MBl. NRW. 2005 S. 150

21221

Richtlinien zur Durchführung des Heilpraktikergesetzes

RdErl. d. Ministeriums für Gesundheit,
Soziales, Frauen und Familie v. 13. 1. 2005
– III 7 – 0401.2 –

Der RdErl. des Ministeriums für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit v. 18. 5. 1999 – III B 2 – 0401.2 – (SMBL. NRW. 21221) wird wie folgt geändert.

1

Nr. 5.1 wird gestrichen.

2

Die **Nrn. 5.2, 5.2.1, 5.2.2 und 5.2.3** werden **Nrn. 5.1, 5.1.1, 5.1.2 und 5.1.3.**

– MBl. NRW. 2005 S. 155

7126

Allgemeine Erlaubnis für Kleine Lotterien und Ausspielungen

RdErl. d. Innenministers v. 14. 1. 2005
– 14 – 38.07.01 – 3.1 –

I.

Auf Grund des § 13 des Gesetzes zum Staatsvertrag zu dem Lotteriewesen in Deutschland (Lotteriestaatsvertrag – LoStV) vom 22. 6. 2004 (GV. NRW. 2004 S. 315) i. V. mit § 1 und § 3 des Gesetzes zur Ausführung des Staatsvertrages zum Lotteriewesen in Deutschland (Lotterieführungsgesetz – LoAG) vom 16. 11. 2004 (GV. NRW. 2004 S. 686) wird Lotterieveranstalten im Sinne von § 8 Abs. 1 Ziffer 1 LoStV sowie

- a) den Institutionen und Organisationen der Jugendhilfe und Jugendpflege,
- b) Kirchengemeinden und Religionsgemeinschaften,
- c) Sportvereinen,
- d) Feuerwehren und
- e) Stiftungen

die Allgemeine Erlaubnis für Kleine Lotterien und Ausspielungen für ihren räumlichen Wirkungskreis erteilt,

1. die sich nicht über das Gebiet einer kreisfreien Stadt oder eines Kreises hinaus erstrecken,
2. deren Spielplan einen Reinertrag von mindestens einem Drittel des Spielkapitals (Gesamtprize der Lose) vorsieht,
3. bei denen das Spielkapital den Wert von 40.000 Euro nicht übersteigt,
4. bei denen der Losverkauf die Dauer von drei Monaten innerhalb eines Jahres nicht überschreitet und
5. bei denen keine Prämien- oder Schlussziehungen vorgesehen sind.

Tombolen sind Ausspielungen im Sinne der Allgemeinen Erlaubnis.

Die Kleine Lotterie/Ausspielung ist mindestens zwei Wochen vor Beginn der örtlichen Ordnungsbehörde bzw. der Kreisordnungsbehörde unter Angabe des Spielkapitals und der Dauer der Lotterie/Ausspielung anzuzeigen. Bis zum 1. März eines jeden Jahres haben die örtlichen Ordnungsbehörden/Kreisordnungsbehörden die in ihrem Bereich durchgeführten Kleinen Lotterien/Ausspielungen den Bezirksregierungen anzuzeigen. Die Bezirksregierungen haben bis zum 1. April jeden Jahres dem Innenministerium eine Aufstellung über die in ihrem Bereich durchgeführten Lotterien/Ausspielungen vorzulegen.

II.

Die örtlichen Ordnungsbehörden/Kreisordnungsbehörden sind berechtigt, im Einzelfall weitere Auflagen zu erlassen. Im Einzelfall können die nach der Allgemeinen Erlaubnis erlaubten Veranstaltungen untersagt werden, wenn

1. gegen die Vorschriften des Lotterieführungsgesetzes bzw. gegen den Lotteriestaatsvertrag oder gegen wesentliche Bestimmungen der Allgemeinen Erlaubnis verstoßen wird,
2. die Gefahr besteht, dass durch die Verwendung des Reinertrages die öffentliche Sicherheit oder Ordnung verletzt wird, oder
3. keine Gewähr für die ordnungsgemäße Durchführung der Veranstaltung oder für die zweckentsprechende Verwendung des Reinertrages gegeben ist.

III.

Der Reinertrag der Veranstaltung ist ausschließlich und unmittelbar für gemeinnützige, mildtätige, kirchliche oder sonstige Zwecke, die allgemeiner Billigung sicher sind, zu verwenden.

Organisationen, die wirtschaftliche Zwecke verfolgen, fallen nicht unter die Allgemeine Erlaubnis. Ihnen kann keine Erlaubnis zur Veranstaltung einer Kleinen Lotterie/Ausspielung erteilt werden. Dies gilt auch dann nicht, wenn der Ertrag der Veranstaltung gemeinnützigen Zwecken zugeführt wird. Im Zusammenhang mit der Veranstaltung darf darüber hinaus keine Wirtschaftswerbung betrieben werden, die über die Ausstellung von Sachgewinnen hinausgeht.

IV.

Der Widerruf der Allgemeinen Erlaubnis sowie die nachträgliche Aufnahme, Änderung oder Ergänzung durch Auflagen bleiben vorbehalten. Die steuerlichen Pflichten nach §§ 31 und 32 der Ausführungsbestimmungen zum Renn-, Wett- und Lotteriegesezt sind analog zu beachten. Danach ist für die jeweilige Einzelveranstaltung einer Kleinen Lotterie oder Ausspielung mindestens zwei Wochen vor Beginn bei dem für das Land Nordrhein-Westfalen zuständigen Finanzamt Köln-Altstadt, Am Weidenbach 2-4, 50676 Köln, eine Lotteriesteueranmeldung abzugeben. Darin sind insbesondere die Anschrift des Veranstalters, der Ort und der Zeitraum der Veranstaltung, die Zahl der Lose und der Lospreise mitzuteilen.

V.

Die Allgemeine Erlaubnis tritt am 1. 4. 2005 in Kraft. Sie tritt mit Ablauf des 31. Dezember 2009 außer Kraft.

– MBl. NRW. 2005 S. 155

7861

Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von landwirtschaftlichen Betrieben in benachteiligten Gebieten (Ausgleichszulage) und in Gebieten mit umweltspezifischen Einschränkungen (Ausgleichszahlung)

RdErl. d. Ministeriums für Umwelt und
Naturschutz, Landwirtschaft
und Verbraucherschutz v. 20. 12. 2004
– II – 3 – 2114/05 – III – 9 – 941.00.05.03 –

Der RdErl. d. Ministeriums für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft v. 18. 6. 2000 (SMBL. NRW. 7861) wird wie folgt geändert:

In Nummer 8 wird in Satz 2 die Angabe „31. 12. 2004“ ersetzt durch die Angabe „31. 12. 2006“.

Dieser RdErl. tritt mit Wirkung vom 1. 1. 2005 in Kraft.

– MBl. NRW. 2005 S. 156

7920

Vordrucke für die Wildbewirtschaftung

RdErl. d. Ministeriums für Umwelt und
Naturschutz, Landwirtschaft
und Verbraucherschutz v. 30. 12. 2004
– III – 5 – 71.20.00.07 –

Der RdErl. d. Ministeriums für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz v. 1. 3. 2001 (SMBL. 7920) wird wie folgt geändert:

1

In Anlage 1 Seite 2 wird unter „Anteile des Abschusses in % bei normalem Altersaufbau“ in der Spalte 4 die Zahl „15“ durch die Zahl „10“ und in der Spalte 6 die Zahl „35“ durch die Zahl „40“ ersetzt.

2

In Anlage 7 werden die Seiten 5 und 6 durch die **Anlage 1** ersetzt.

Anlage 1

3

Die Anlage 8 wird durch die **Anlage 2** ersetzt.

Anlage 2

Dieser RdErl. tritt am 1. 2. 2005 in Kraft.

* Abschuss nur mit Ausnahmegenehmigung nach WaffG

Anlage 2 zum RdErl. vom 30. 12. 2004



Zutreffendes bitte ankreuzen

Kreis/Kreisfreie Stadt

Jagdjahr

/

☐ **Jährliche STRECKENMELDUNG** ☐ **ABSCHUSSMELDUNG für Rotwild**
☐ **Eigenjagdbezirk**
☐ **Gemeinschaftlicher Jagdbezirk**

Name des Jagdbezirks

Jagdausübungsberechtigte(r)

Name, Anschrift

Name, Anschrift

Name, Anschrift

Name, Anschrift

Name, Anschrift

Größe des Jagdbezirkes

ha

jagdlich nutzbare Fläche

ha

Die jährliche Streckenmeldung ist der unteren Jagdbehörde bis zum 15. April eines jeden Jahres vorzulegen.

Die Abschussmeldung über das erlegte Rotwild ist der unteren Jagdbehörde bis zum 15. November eines jeden Jahres vorzulegen.

In der Spalte "Gesamt" ist (aus statistischen Gründen) der Abschuss zuzüglich des Fallwildes, letzteres einschließlich der Verkehrsverluste, anzugeben. In der Spalte "davon Fallwild" ist das in der Jagdstrecke enthaltene Fallwild einschließlich der Verkehrsverluste auszuweisen. In der Spalte "davon Verkehrsverluste" sind diese als Teil des Fallwildes gesondert anzugeben.

Wildart Geschlecht und Klasse				festge- setzter Ab- schuss	Jagdstrecke			Wildart	Jagdstrecke		
					Gesamt	davon Fallwild	davon Verkehrs- verluste		Gesamt	davon Fallwild	davon Verkehrs- verluste
Rotwild	Hirsche	I						Feldhasen			
		II	a Fehlerfreie					Wildkaninchen			
			b Fehlerhafte					Wildkatzen			
		III	a Fehlerfreie					Füchse			
			b Fehlerhafte					Steinmarder			
	0		Hirschälber	}				Baumwilder			
			Wildälber					Illtisse			
			Schmalzie					Hermeline			
			Altzie					Mauswiesel			
			Sa. männl. Rotwilder					Dachse			
			Sa. weibl. Rotwilder					Fischotter			
			Sa. Rotwilder					Waschälber			
	sonstiges Rotwilder							Marderhunde			
Sikawilder	Hirsche	I						Rebhühner			
		II						Fasanen			
		III						Auerwilder			
		0	Hirschälber	}				Birkwilder			
			Wildälber					Haselwilder			
	0		Schmalzie					Wildtruthühner			
			Altzie					Ringeltauben			
			Sa. männl. Sikawilder					Türkentauben			
			Sa. weibl. Sikawilder					übrige Wildtauben			
			Sa. Sikawilder					Höckerschwäne			
Damwilder	Hirsche	I						Graugänse			
		II	a Fehlerfreie					Kanadagänse			
			b Fehlerhafte					Saatgänse			
		III	a Fehlerfreie					Blässgänse			
			b Fehlerhafte					Nonnengänse			
	0		Hirschälber					Ringelgänse			
			Wildälber					Nilgänse			
			Schmalzie					Stockenten			
			Altzie					Pfeifenten			
			Sa. männl. Damwilder					Krickenten			
			Sa. weibl. Damwilder					Spießenten			
			Sa. Damwilder					Bergenten			
Muffelwilder	Widder	I						Reiherenten			
		II						Tafelenten			
		III						Samtenten			
		0	Widderlämmer					Trauerenten			
	0		Schafälämmer					Säger			
			Schmalsschafe					Waldschnepfen			
			Schafe					Blässhühner			
			Sa. männl. Muffelwilder					Lachmöwen			
			Sa. weibl. Muffelwilder					Sturmmöwen			
			Sa. Muffelwilder					Silbermöwen			
Rehwilder	Böcke	I	mehrfährige					Mantelmöwen			
		II	einjährige					Heringsmöwen			
			Bockkitze	}				Haubentaucher			
			Rickenkitze					Graureiher			
			Schmalrehe	}				Habichte			
			Ricken					Sperber			
			Sa. Rehwilder					Mäusebussarde			
Schwarzwilder			Keiler					Falken			
			Bachen					übrige Greifvögel			
			Überläuferkeiler					Kolkraben			
			Überläuferbachen								
			Frischlinge								
			Sa. Schwarzwilder								
sonstiges								Rabenkrähen			
								Elstern			
								Eichelhäher			
								wildernde Hunde			
								wildernde Katzen			
								Sumpfbiber (Nutria) *			
								Bisam *			

* Abschuß nur mit Ausnahmegegenehmigung nach WaffG

II.**Finanzministerium****Anteil der Gemeinden an der Umsatzsteuer
im Haushaltsjahr 2004**

RdErl. d. Finanzministeriums v. 18. 1. 2005
– KomF 1112 – 6 – IV B 3 –

Die Gesamtsumme des auf die Gemeinden entfallenden Anteils an der Umsatz- und Einfuhrumsatzsteuer nach dem Ist-Aufkommen für das IV. Quartal 2004 beträgt **175.108.934 EUR**.

Die Gemeinden haben im Dezember 2004 einen Abschlag in Höhe des Zahlbetrages für das III. Quartal von 167.677.116 EUR erhalten. Der positive Abrechnungsbetrag für das IV. Quartal wird somit auf **7.431.818 EUR** festgesetzt. Der Betrag wird entsprechend den gültigen Schlüsselzahlen aufgeteilt und am 28. 1. 2005 ausgezahlt.

– MBl. NRW. 2005 S. 161

Innenministerium**Ideenmanagement NRW**

Bek. d. Innenministeriums v. 17. 1. 2005
– 52/12 – 15.80 –

Die Ausschüsse für das Ideenmanagement NRW haben in der Zeit vom 1. 1. 2004 – 31. 12. 2004 die nachstehend aufgeführten Verbesserungsvorschläge als für die Landesverwaltung nützlich anerkannt und belohnt:

Vorschlag Nr.
Name der Einsenderin, des Einsenders
Inhalt des Vorschlags
Prämie, Euro

1362
Bernd Schulz
Verbesserung im Bereich der Justizverwaltung, Entwicklung des universellen Schnittstellenprogramms WANDLER
10.000 Euro

1525
Heike Rudke, Britta Schlüpmann, Robert Hülck, Klaus-Werner Heger, Andrea Krüger
Verbesserung im Bereich des Straßenwesens, Erarbeitung eines Aktiven Beschwerdemanagements
4.900 Euro

816
Uwe Schneider
Verbesserung im Bereich der Materialprüfung, Änderung der Betriebsweise der Abgasreinigungsanlage für Brandversuche
2.500 Euro

1567
Irmgard Vasmer, Rainer Wegner, Friedrich Kleineheismann
Verbesserung im Bereich der Umweltverwaltung, Anleitung für landwirtschaftliche Genehmigungsverfahren und Anzeigen nach BImSchG
2.450 Euro

1823
–,–
Verbesserung im Bereich der Polizei, Entwicklung des Stabsprogramms für Führungsgruppen (Stabos)
2.450 Euro

1766

–,–
Verbesserung im Bereich der Polizei, Entwicklung eines computergestützten Leitfadens zum Waffenrecht
2.250 Euro

1590

Monika Agatz, Gerhard Lindemann, Arnd Sahrhage
Entwicklung eines Windenergie-Handbuchs
2.100 Euro

1592

Volker Graf, Christoph Börsch, Uwe Uebelgünn, Wolfgang Kropff
Verbesserung im Bereich der Finanzverwaltung, Einsatz des Programms „Ferkel“ in den Festsetzungsfinanzämtern
2.100 Euro

1225

Enrico Pagenkopf-Klöstern
Verbesserung im Bereich der Polizei, Lageunterstützung für den polizeilichen Führungsstab
2.100 Euro

1913

Matthias Westen, Uwe Waldhoff
Verbesserung im Bereich der Staatlichen Umweltämter, Katamaran für die Gewässervermessung
2.100 Euro

1836

Karl-Heinz Paul, Jörg Schubert, Arnd Wichmann
Verbesserung im Bereich der Umweltverwaltung, Entwicklung der Datenbankanwendung „UniDat“
1.900 Euro

1136

–,–
Änderung der Datenübermittlungswege im Bereich des Satellitenpositionierungsdienstes des Landesvermessungsamtes
1.600 Euro

1865

Dr. Walter Elberfeld
Verbesserung im Bereich der Hochschulen, Alternatives Entlohnungsmodell für Tutoren
1.500 Euro

1973

Till Brandt
Verbesserung im Bereich des Straßenwesens, Entwicklung eines Programms zur Erstellung von Niederschriften für Mischgutproben gem. DIN 1996 und ZTVT-StB
1.500 Euro

647

Axel Hüchelbach
Verbesserung im Bereich der Bezirksregierungen, Entwicklung einer Kalkulationstabelle zur Berechnung der atomrechtlichen Deckungsvorsorge
1.500 Euro

1617

Walter Schramm, Wolfgang Teubl, Michael Schmitz
Entwicklung von dreiseitigen Pyramidenstümpfen zur besseren Markierung von Spuren an polizeilichen Ereignisorten
1.250 Euro

1666

Theo Wiehagen, Martin Kipper, Lars Kellermann, Stefan Pracht
Verbesserung im Bereich des Straßenwesens, Verfahren für die Qualitätskontrolle und -sicherung von Verkehrsdaten-Erfassungseinrichtungen
1.200 Euro

1314

Martina Winkler-Goege
Verbesserung im Bereich der Justizverwaltung, Änderung des Vordrucks StP 9g
1.150 Euro

1441

-, -

Verbesserung im Bereich der Justizverwaltung, Änderung des Kostenmoduls im automationsgestützten Verfahren IT-Inso
1.150 Euro

276

Gabriele Otto-Lange

Verbesserung im Bereich der Versorgungsverwaltung, Einsparungen durch private Postzustellung
1.125 Euro

1634

Uta Birkhölzer, Jan-Marc Heitze

Verbesserung im Bereich der Forstverwaltung, Erstellung eines Waldmodells zur Veranschaulichung von Maßnahmen im Wald
1.000 Euro

1619

Hans Thoma

Verbesserung im Bereich des Eichwesens, Sicherheit bei Taxenprüfung
1.000 Euro

1813

Andreas Ahls, Michael Schmitt

Verbesserung im Bereich der Polizei, Entwicklung eines webbasierten dynamischen Geo-Informations-Systems ohne Kartenserver
950 Euro

1589

Markus Vergossen

Verbesserung im Bereich der Finanzverwaltung, Prüfung der Eigenheimzulage für Ehegatten bei Änderung des Familienstandes
900 Euro

627

Jost Leisten, Uwe Palmroth

Verbesserung im Bereich der Kampfmittelbeseitigung, Entwicklung einer Vorrichtung zur Entschärfung amerikanischer Sprengbomben
800 Euro

1230

Stefan Indefrey

Verbesserung im Bereich der Materialprüfung, Konzeptionierung einer Prüfeinrichtung für Pendelschlagversuche
800 Euro

1658

-, -

Verbesserung im Bereich des Straßenwesens, Entwicklung eines Programms zur Erstellung des Qualitätsnachweises für Lichtsignalanlagen
800 Euro

1806

Adalbert Kubetzki

Verbesserung im Bereich des Straßenwesens, Erstellung eines Programms für die Ermittlung der Haltesichtweiten
750 Euro

1598

Ferdi Krämer

Verbesserung im Bereich der Wohngeldbewilligungsbehörden, Erfassen von Erlassen und Urteilen zum Wohngeld
700 Euro

1707

Günter Mischke

Verbesserung im Bereich der Justizverwaltung, formlose Übermittlung der Aufforderungen zur Begründung des Anspruchs nach § 697 Abs. 1 ZPO
650 Euro

1787

-, -

Verbesserung im Bereich der Justizverwaltung, IT-gestützte Bearbeitung von Erzwingungssachverhalten
600 Euro

709

-, -

Verbesserung im Bereich der Finanzverwaltung, Plausibilitätsprüfung bei Schulgeldzahlung und Kinderfreibetrag Ausland
600 Euro

1638

Matthias Heisig, Werner Klein

Verbesserung im Bereich der Polizei, Vereinfachung der Aufstellung des Einsatzcontainers der Multanova 6f-Radaranlage
600 Euro

1049

Thomas Werthmann

Verbesserung im Bereich der Polizei, Entwicklung einer Datei zur Auswertung von Lasermessstellen
600 Euro

1801

Heinrich Bilke, Klaus Kalkowski, Valentin Marenziehn

Verbesserung im Bereich der Staatl. Umweltämter, Verwendung von Prüfgasen mit verlängerter Garanzzeit
600 Euro

554

Walter Brune

Verbesserung im Bereich der Materialprüfung, Thermische Verformung an Abwasserrohren zu Brandschachtproben
550 Euro

680

Klaus-Dieter Krämer, Andrea Mogilka, Michael Schneider

Verbesserung im Bereich der Polizei, Erstellung der Anwendung ConaC als Controllingwerkzeug für die Fortbildungsabteilungen der Polizei
500 Euro

1839

Holger Bräuer

Verbesserung im Bereich der Materialprüfung, Verkürzung von Arbeitsabläufen im Bereich Probenregistrierung und Auftragsbearbeitung
500 Euro

500

-, -

Verbesserung im Bereich der Finanzverwaltung, Erweiterung der Service-Programme
500 Euro

1517

-, -

Verbesserung im Bereich der Umweltverwaltung, Excel-Anwendung zur automatisierten Berechnung von Verwaltungsgebühren
450 Euro

1825

Wilfried Koleča

Verbesserung im Bereich der Materialprüfung, Automatisierung der Frost-Tauwechsel-Prüfung von Natursteinen
450 Euro

1317

Carsten Bäcker

Verwertung nicht mehr benötigten Landeseigentums über die kostenlose Internetauktion des Zolls
450 Euro

1971

Ursula Genc, Sabina Baxmann

Verbesserung im Bereich des Staatl. Umweltamtes Köln, Erstellung einer Excel-Datei für eine schnelle Vermittlung bei telefonischen Anfragen
450 Euro

1774

–,–
Verbesserung im Bereich der Justizverwaltung, Neufassung der Excel-Tabelle über aus- und eingehende Ersuchen im Rechtshilfeverkehr in Zivilsachen mit dem Ausland
450 Euro

1285

Ute Elberfeld, Michael Knoop
Verbesserung im Bereich der Forstverwaltung, Entwicklung von Checklistenformularen für die forstliche Förderung
450 Euro

1252

Hans-Jörg Feltes
Verbesserung im Bereich der Finanzverwaltung, Abschaffung der Lohnsteuerhefte
450 Euro

377

Bernd Kühlmorgen, Frank Tost, Lorenz Wüsten, Markus Sichelschmidt, Boris Goroncy
Verbesserung im Bereich der Polizei, Entwicklung einer Datenbankankündigung zur Unterstützung der Ermittlungsarbeit im Bereich der Graffiti-Straftaten
450 Euro

1196

–,–
Übersendung der Ergebnisse aus der Beherbergungsstatistik des LDS per E-Mail
400 Euro

1469

Ulrich Hübner-Füser
Verbesserung im Bereich der Finanzverwaltung, Ergänzungen zur Broschüre „Steuerwegweiser für junge Unternehmerinnen und Unternehmer“
400 Euro

812

–,–
Verbesserung im Bereich des Eichwesens, Entwicklung eines Überwachungsprogramms zur Eichung von Schallpegelmessgeräten
400 Euro

1808

–,–
Verbesserung im Bereich der Finanzverwaltung, Ergänzung des Merkers „Prüfberechnung“
400 Euro

718

Michael Körn
Verbesserung im Bereich der Finanzverwaltung, Schaffung des schreibenden Zugriffs auf einen Dauertatbestand WinGF für Erhebungsstellen
400 Euro

1606

Horst Lenzen
Verbesserung im Bereich der Finanzverwaltung, differenziertere Gestaltung des Hinweises zur Auszahlung von Erstattungsbeiträgen
400 Euro

1383

Frank Ebernus
Verbesserung im Bereich der Wasserwirtschaft, Einführung einer Bildarchivierungs-Software
400 Euro

1026

Adelbert Hegermann
Verbesserung im Bereich der Polizei-Fliegerstaffel, Konstruktion einer Ein- und Ausbauhilfe für die Kraftstoffdüse des Allison Triebwerkes C 250-20 des Hubschraubertyps BO 105
350 Euro

689

–,–
Hinweis auf das Callcenter Call NRW in den Briefköpfen aller Landesbehörden
350 Euro

520/811

–,–
Verbesserung im Bereich des Eichwesens, Entwicklung eines Prüfprogramms zur Eichung aller zugelassenen Typen von Schallkalibratoren
350 Euro

1465

Salvatore Treccarichi
Verbesserung im Bereich des Straßenwesens, Programm zur Berechnung der kleinsten lichten Höhe von Brücken
300 Euro

1494

Salvatore Treccarichi
Verbesserung im Bereich des Straßenwesens, Programm zur Beurteilung eines Kreisverkehrsplatzes gem. HBS
300 Euro

1248

–,–
Erhöhung der Sicherheit der Radfahrer bei der Benutzung der Tiefgarage des Innenministeriums
250 Euro

1640

André Eiserbeck
Kosteneinsparung im Bereich der Arzneimittelbeschaffung für Justizvollzugsanstalten
250 Euro

2029

Petra Kolander, Hans-Jürgen Rahmann
Verbesserung im Bereich der Justizverwaltung, Änderung des Vordrucks HKR 174
250 Euro

1765

Frank Stommel
Verbesserung im Bereich der Kampfmittelbeseitigung, Vernichtung der 8 cm Wurfgranaten DR/Nb
250 Euro

1194

Steve Dirk Nossek
Verbesserung im Bereich des Eichwesens, Änderung des Sicherheitsadapters NSD 001
225 Euro

1676

–,–
Verbesserung in der Justizverwaltung, Programmänderung im IT-Verfahren JOKER
200 Euro

1993

–,–
Verbesserung in einem Teilbereich, Energieeinsparung durch Austausch der Beleuchtungs-Bewegungsmelder gegen solche mit Helligkeitssensoren
200 Euro

1220

Bernhard Galitzki
Einrichtung von Firmenanschlüssen im Rahmen der Verträge des Landes NRW mit Mobilfunkfirmen
200 Euro

583

–,–
Verbesserung im Bereich der Finanzverwaltung, Erweiterung des Vordrucks Nr. 605/147
200 Euro

1394

Jörg Goldbach, Hildegard Kasper
Verbesserung im Bereich des Straßenwesens, Vordruck zur Arbeitserleichterung für das Unterhaltungspersonal im LB Straßenbau
150 Euro

2020

–,–
Verbesserung im Bereich der Justizverwaltung, Änderung der AV vom 6. 2. 1963 (3152 – I.B. 5.1)
150 Euro

1843

Uwe Richter
Verbesserung im Bereich der Finanzverwaltung, Änderung der Vordrucke Nr. 715/050 und Nr. 811/010
150 Euro

885

Florian Marbach
Verbesserung im Bereich der Finanzverwaltung, Einfügen einer Spalte mit den aktuellen Beteiligungsquoten im GD bei WinFEin
150 Euro

1367

–,–
Verzicht auf die gedruckte Form des Aus- und Fortbildungsprogramms der Versorgungsverwaltung
150 Euro

1145

Peter Rost
Verbesserung im Bereich des Straßenwesens, Entwicklung eines Programms zur Abwicklung der Lärmvorsorge/Lärmsanierung
150 Euro

1456

Ulrich Hübner-Füser
Verbesserung im Bereich der Finanzverwaltung, Ergänzung der StNr.-Mitteilung an Steuerpflichtige
150 Euro

1533

–,–
Verbesserung im Bereich der Justizverwaltung, Einstellung der zu führenden Listen gemeinnütziger Einrichtungen
150 Euro

1737

Carsten Treute
Verbesserung im Bereich der Justizverwaltung, Änderung des Vordrucks ZP 39
150 Euro

1393

Christian Hafemann
Verbesserung im Bereich der Polizei, Entwicklung einer kartographischen Intranetanwendung „Kriminalitätsauswertung auf KPB-Ebene“
150 Euro

701

Klaus Behm
Verbesserung im Bereich der Justizverwaltung, Schaffung einer programmgestützten Recherchemöglichkeit in den Online-Medien der Justiz über die Zuordnung der Gemeinden zu den Verwaltungsgerichten
150 Euro

1715

Oliver Bendick
Verbesserung im Bereich der Polizei, Entwicklung einer IT-Anwendung für die Bearbeitung und Steuerung von Fortbildungsveranstaltungen
150 Euro

1274

Klaus Kramp
Verbesserung im Bereich der Justizverwaltung, Änderung des Vordrucks „Vollstreckungsauftrag“
150 Euro

714

Kai Materne
Verbesserung im Bereich des Straßenwesens, Ablaufschema zur Realisierung des passiven Lärmschutzes
150 Euro

620

Christian Kortmann
Verwendung von steuerbegünstigtem Mineralöl (Heizöl) zum Antrieb von Notstromaggregaten
150 Euro

1373

–,–
Einsparung von Heizkosten in öffentlichen Gebäuden
150 Euro

1068

Andreas Ratz
Verbesserung in einem Teilbereich, Aushang eines Stadtplanausschnittes mit der Übersicht der Standorte der übrigen Landesministerien
150 Euro

967

Werner Kipp
Verbesserung im Bereich der Polizei, Erstellung einer Powerpoint-Präsentation und eines begleitenden Handbuchs zum Fortbildungskonzept „IT-Sicherheit“
150 Euro

639

Klaus-Peter Schiebold
Verbesserung im Bereich der Finanzverwaltung, Erläuterung zu den Kennziffern in den USt- bzw. LSt-Überwachungsbögen
150 Euro

846

Joachim Hackler
Verbesserung im Bereich der Finanzverwaltung, Verbesserung der Bekanntgabe von Steuerbescheiden/-berechnungen in Insolvenzfällen
150 Euro

1013

–,–
Verbesserung im Bereich der Finanzverwaltung, Vordruck Hinzuziehung § 360 AO
150 Euro

824

–,–
Verbesserung im Bereich der Justizverwaltung, Änderung des Vordrucks HKR 112
150 Euro

1131

Wolfgang Lutzinski
Verbesserung im Bereich der Justizverwaltung, Änderung des Textbausteins „VollstrO-1“
150 Euro

1601

–,–
Anfertigung der von den Schneidereigenbetrieben der Justizvollzugsanstalten Werl und Remscheid hergestellten Deckenbezüge in geringerer Breite für Gefangene
150 Euro

1371

Klaus Gunkel
Verbesserung im Bereich der Justizverwaltung, Anpassung des Vordrucks Kost 18
150 Euro

Behördliches Vorschlagswesen

Bek. d. Innenministeriums v. 17. 1. 2005
– 52/12 – 15.80 –

Der Interministerielle Ausschuss für das Behördliche Vorschlagswesen hat in der Zeit vom 1. 1. 2004 – 31. 12. 2004 die nachstehend aufgeführten Verbesserungsvorschläge als für die Landesverwaltung nützlich anerkannt und belohnt:

Vorschlag Nr.
Name der Einsenderin, des Einsenders
Inhalt des Vorschlags
Prämie, Euro

16614

–,–
Verbesserung im Bereich der Versorgungsverwaltung, Verfahren zum Zielvereinbarungscontrolling
3.000 Euro

16615

–,–
Verbesserung im Bereich der Versorgungsverwaltung, Excel-Anwendung für Zinsberechnungen im Rahmen von Zuwendungen
1.000 Euro

– MBl. NRW. 2005 S. 165

Landeswahlleiterin

**Landtagswahl 2000;
Feststellung von Nachfolgern
aus der Landesreserveliste**

Bek. d. Landeswahlleiterin v. 26. 1. 2005
– 12/35.09.13 –

Die Landtagsabgeordnete Gabriele Behler hat ihr Mandat mit Ablauf des 24. Januar 2005 niedergelegt.

Als Nachfolgerin ist mit Wirkung vom 25. Januar 2005, 15.30 Uhr,

Frau Brigitta Doris Heemann
Twifelerweg 33
59494 Soest

aus der Landesreserveliste der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) Mitglied des Landtags.

Bezug: Bek. d. Landeswahlleiters v. 4. 4. 2000 (MBl. NRW. S. 312) und v. 6. 6. 2000 (MBl. NRW. S. 656)

– MBl. NRW. 2005 S. 165

**Ministerium für Umwelt und Naturschutz,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz**

**Ausschreibung
des Landeswettbewerbs 2005/2006
„Unser Dorf hat Zukunft“**

Bek. d. Ministeriums für Umwelt und Naturschutz,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz
v. 13. 1. 2005

Hiermit schreibe ich den

**Landeswettbewerb 2005/2006
„Unser Dorf hat Zukunft“**

aus. Eine erfolgreiche Teilnahme am Landeswettbewerb ist Voraussetzung für die Qualifikation für den Bundes-

wettbewerb 2007 „Unser Dorf hat Zukunft“. Er wird vom Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft ausgeschrieben.

Die Schirmherrschaft über den Landeswettbewerb hat der Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen übernommen. Mit der Durchführung habe ich die Landwirtschaftskammer Nordrhein-Westfalen beauftragt, sie arbeitet zusammen mit:

- der Landesanstalt für Ökologie, Bodenordnung und Forsten (LÖBF) und den anerkannten Naturschutzverbänden
- der Bezirksregierung Münster Abteilung Obere Flurbereinigungsbehörde NRW
- den kommunalen Spitzenverbänden
- den Landschaftsverbänden Rheinland und Westfalen-Lippe, Ämter für Denkmalpflege
- den Verbänden der Landwirtschaft, des Gartenbaues und des ländlichen Raumes im Rheinland und in Westfalen-Lippe
- den Landfrauenverbänden Rheinland und Westfalen-Lippe
- den Landesverbänden der Gartenbauvereine und der Heimatvereine im Rheinland und in Westfalen-Lippe
- dem Tourismusverband Nordrhein-Westfalen.

1**Ziele des Wettbewerbes**

Der Wettbewerb „Unser Dorf soll schöner werden – Unser Dorf hat Zukunft“ ist in den letzten 40 Jahren zu einem Motor in der dörflichen Entwicklung geworden. Der Dorfwettbewerb ist stetig fortentwickelt worden. So stehen heute die nachhaltige Entwicklung und das bürgerschaftliche Engagement stärker als früher im Vordergrund. Mit dem neuen Motto „Unser Dorf hat Zukunft“ soll zum Ausdruck gebracht werden, dass die Verbesserung der Zukunftsperspektiven in den Dörfern, die Steigerung der Lebensqualität im ländlichen Raum und die Stärkung der regionalen Identität im Wettbewerb besondere Berücksichtigung finden.

Der Wettbewerb soll für alle Beteiligten Anreiz sein, die Zukunft der Dörfer verantwortlich mitzugestalten und damit auch im Sinne einer lokalen Agenda 21 einen Beitrag für die Zukunftsfähigkeit der ländlichen Räume zu leisten. Der ländliche Raum wird nach wie vor durch Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft geprägt. Er ist aber auch ein bedeutender Standort für Arbeiten und Wohnen. Darüber hinaus wird die Ausgleichsfunktion des ländlichen Raums für Natur und Umwelt, Erholung und Freizeit zunehmend wichtiger.

Es ist Ziel des Wettbewerbes, die vielfältigen Funktionen der Dörfer darzustellen, vorbildliche Beispiele zu präsentieren und danach Anreize für die weitere Entwicklung des ländlichen Raums zu geben. Initiative und Eigenverantwortung sind die Fundamente des Zusammenlebens der Menschen. Ihre Lebensqualität im Dorf hängt in entscheidendem Maße von verantwortlicher Nutzung und Weiterentwicklung der wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und ökologischen Potenziale ab. Dieses Ziel kann durch die Dorfbewohner selbst im Zusammenwirken mit ihrer Gemeinde erreicht werden.

Die Dörfer werden daher angeregt, ihre kulturellen, sozialen, wirtschaftlichen, baulichen und ökologischen Strukturen zu erhalten und diese im Sinne einer Zukunftssicherung weiter zu entwickeln. Der Wettbewerb will motivieren, Perspektiven für Dorf und Region eigenverantwortlich aufzubauen und nachhaltig umzusetzen. Diese Zielsetzung entspricht auch den Anforderungen einer lokalen Agenda 21.

Im Einzelnen gilt es:

- das Gemeinschaftsleben in seiner vielfältigen sozialen und kulturellen Ausprägung im Dorf zu stärken, gleichzeitig die Eigenverantwortung für die Gestaltung des Lebensumfeldes zu fördern,

- Perspektiven zur Entwicklung von Dorf und Region gemeinschaftlich zu entwickeln und umzusetzen, dabei wirtschaftliche Potenziale zu erfassen und zu nutzen, Versorgungs- und Dienstleistungsangebote und damit auch vorhandene Arbeitsplätze zu sichern, wo möglich neue zu schaffen,
- die individuellen dörflichen Strukturen, einschließlich der erhaltenswerten historischen Bausubstanz auf der Grundlage historischer und landschaftlicher Gegebenheiten zu erhalten und weiter zu entwickeln,
- die Belange von Natur und Umwelt bei der Pflege der Kulturlandschaft und der Entwicklung des Dorfes als Wohn-, Wirtschafts- und Erholungsstandort bewusst zu machen und zu stärken.

Der Wettbewerb „Unser Dorf hat Zukunft“ trägt dazu bei, den Lebensraum Dorf bewusst zu gestalten, zu pflegen und für die Zukunft weiter zu entwickeln. Er stellt beispielhafte Leistungen und Lösungsansätze heraus und regt weitere Orte zu eigenen Aktivitäten an.

2

Bewertung der Dörfer

Auf der Grundlage des nachfolgenden Bewertungsrahmens nimmt die Bewertungskommission eine Gesamtbewertung des teilnehmenden Dorfes vor. Die Einzelmaßnahmen werden zu einem geschlossenen Gesamtbild zusammengeführt und entsprechend bewertet. Vor dem Hintergrund unterschiedlicher regionaler, sozialer und finanzieller Ausgangssituationen eines jeden Dorfes werden gemeinsame Leistungen der Bürger vorgestellt, die für ihr Dorf bedeutsam sind und seine nachhaltige Entwicklung fördern.

Alle Aktivitäten im Rahmen einer lokalen Agenda 21 fördern die Gesamtbewertung. Grundsätzlich werden bei der Bewertung die Ausgangslage, die sich aus ihr ableitenden Gestaltungsmöglichkeiten und die im Rahmen der Teilnahme am Wettbewerb erbrachten Leistungen des Dorfes und seiner Bürger berücksichtigt. Initiative und die Bereitschaft, Eigenverantwortung für eine umfassende Ortsentwicklung zu übernehmen, steht in allen Bereichen der Bewertung im Vordergrund.

2.1

Bewertungsbereiche

Konzeption und deren Umsetzung: bis 10 Punkte

Zielsetzung:

Verbesserung der Lebensqualität und Erhaltung des unverwechselbaren Dorf- und Landschaftscharakters in bürgerschaftlicher Mit- und Eigenverantwortung, gegebenenfalls Erarbeitung eines Dorfmarketing mit Umsetzung der vorgeschlagenen Projekte oder einer lokalen Agenda 21, Auseinandersetzung mit dem demographischen Wandel.

Mögliche Maßnahmen:

Ideen, Konzepte und Planungen der Bürger und der Kommunen, zum Beispiel für zeitgemäße Wohnformen auf dem Land, Straßenverkehr, öffentlichen Personennahverkehr oder Bürgerbus, Regenwassernutzung, Energieversorgung, Abfallentsorgung u. a.

Wirtschaftliche Entwicklung und Initiativen: bis 15 Punkte

Zielsetzung:

Sicherung der Grundversorgung, Sicherung vorhandener Arbeitsplätze in Landwirtschaft, Handwerk, Gewerbe, Dienstleistung und Fremdenverkehr und weitergehende Nutzung örtlicher Erwerbs- und Versorgungspotenziale in unternehmerischer und bürgerschaftlicher Eigeninitiative, besonders in privaten und individuellen Aktivitäten.

Mögliche Maßnahmen:

Geschäfte zur örtlichen Versorgung, darunter auch landwirtschaftlicher Direktvermarktung, Erhalt gewerblicher Einrichtungen und Schaffung neuer Arbeitsplätze in Dienstleistung, Gewerbe, Handel, Telekommunikation, Gastronomie, Fremdenverkehr u. a.

Soziales und kulturelles Leben: bis 20 Punkte

Zielsetzung:

Förderung des Gemeinschafts- und Zusammenlebens von Alt- und Neubürgern sowie Einbindung von Einzelpersonen oder Gruppen aller Altersstufen und Herkunft in der Dorfgemeinschaft, generationsübergreifende Initiativen.

Mögliche Maßnahmen:

Soziale, kulturelle und kirchliche Einrichtungen, insbesondere für Kinder, Jugendliche, Senioren und Vereine, Sport, Vereinsleben, Selbsthilfeleistungen und Gemeinschaftsaktionen, landwirtschaftliche Erzeugergemeinschaften, Dorffeste, Hilfsaktionen, u. a. mehr.

Baugestaltung und Entwicklung: bis 20 Punkte

Zielsetzung:

Erhaltung der Ortsbildprägenden Bausubstanz, nachhaltige, dem Bedarf entsprechende Siedlungsentwicklung und Baugestaltung.

Mögliche Maßnahmen:

Denkmalpflege und Pflege der Baukultur, sparsamer Umgang mit Flächen, Eingliederung von Neu- und Umbauten in das Ortsbild, Einsatz umweltverträglicher Materialien und Techniken beim Bauen, zukunftsfähige Architektur- und Energiekonzepte, Um- und Weiternutzung vorhandener, auch ehemals landwirtschaftlich genutzter Gebäude u. a.

Grüngestaltung und Entwicklung: bis 20 Punkte

Zielsetzung:

Dorfgestaltung und Verbesserung der Wohn- und Lebensqualität, Erhaltung und Entwicklung naturnaher Lebensräume für Tier- und Pflanzenwelt im Dorf.

Mögliche Maßnahmen:

Umweltverträgliche Gestaltung und Pflege von ländlichen Gärten, öffentlichen Freiflächen, Friedhöfen und Schulgärten, Flächenentsiegelung, Blumenschmuck, Fassadenbegrünung, Verwendung standortgerechter, gegebenenfalls heimischer Bäume und Sträucher, Sicherung der Kraut- und Strauchflora an Straßen, Wegen und Bachrändern, Erhaltung von Hecken- und Mauer säumen.

Dorf und Landschaft: bis 15 Punkte

Zielsetzung:

Gestaltung des Ortsrandes, Einbindung in die Landschaft, Pflege und Entwicklung charakteristischer Landschaftsbestandteile einschließlich Bewirtschaftung einer vielfältigen Kulturlandschaft, Förderung des Biotop- und Artenschutzes.

Mögliche Maßnahmen:

Sicherung und Entwicklung vorhandener Trocken-, Feucht- und Kulturbiotope, Pflege von Stillgewässern, Bächen und deren Ufern, Verwendung heimischer Gehölze bei Pflanzmaßnahmen, ordnungsgemäße Landbewirtschaftung, Anlage und Pflege von Freizeit- und Erholungsanlagen.

2.2

Landesbewertungskommission

Eine sachverständige Bewertungskommission bewertet die Teilnehmer am Landeswettbewerb. Die Bewertungskommission setzt sich zusammen aus

- Vertretern der Landwirtschaftskammer Nordrhein-Westfalen
- Vertretern der Landesanstalt für Ökologie, Bodenordnung und Forsten (LÖBF)
- Bezirksregierung Münster, Abteilung Obere Flurbereinigungsbehörde Nordrhein-Westfalen
- den kommunalen Spitzenverbänden des Landes Nordrhein-Westfalen
- den Landschaftsverbänden Rheinland und Westfalen-Lippe
- den Verbänden der Landwirtschaft, des Gartenbaues und des ländlichen Raumes im Rheinland und in Westfalen-Lippe
- den Landfrauenverbänden Rheinland und Westfalen-Lippe
- den Landesverbänden der Gartenbauvereine und der Heimatvereine im Rheinland und in Westfalen-Lippe
- dem Tourismusverband Nordrhein-Westfalen.

Die Landesbewertungskommission wird im Sommer 2006 den Entscheid auf Landesebene durchführen. Die Entscheidungen der Bewertungskommission sind endgültig. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

2.3

Auszeichnungen

Im Landeswettbewerb werden Gold-, Silber- und Bronzeplaketten sowie Urkunden verliehen, die mit Geldpreisen verbunden sind. Für beispielhafte Leistungen auf Teilgebieten (zum Beispiel ökologische Maßnahmen, soziale und kulturelle Leistungen, unternehmerische Initiativen, Dorfmarketing oder besondere gestalterische Details) werden Sonderpreise vorgesehen.

3

Durchführung des Wettbewerbes

3.1

Teilnahmeberechtigung

Teilnahmeberechtigt sind räumlich geschlossene Ortschaften oder Gemeindeteile mit vorwiegend dörflichem Charakter bis zu 3.000 Einwohner. Das Dorf wird von seiner Gemeinde für den Wettbewerb gemeldet (siehe 4.1). Eine Meldung kann auch durch den/die Ortsvorsteher/in oder durch die Bezirksvertretung erfolgen. Voraussetzung für die Teilnahme am Landeswettbewerb ist die erfolgreiche Teilnahme an einem vorausgegangenen Kreiswettbewerb. Bei weniger als zehn Teilnehmern im Kreis wird die erfolgreiche Teilnahme an einem Gebietsentscheid vorausgesetzt (siehe 3.2).

Nichtteilnahmeberechtigt sind:

- Orte, die aus den Landeswettbewerben 2000 und 2003 als Landessieger hervorgegangen sind
- Orte, die in den Bundeswettbewerben 1998 – 2004 mit einer Goldplakette ausgezeichnet wurden.

3.2

Kreis- und Bezirkswettbewerb

Die Kreise und kreisfreien Städte führen bereits im Jahr 2005 als Vorentscheidung für den Landeswettbewerb 2006 einen Kreiswettbewerb durch. Die Kreisbewertungskommissionen werden von den Kreisen im

Einvernehmen mit der Landwirtschaftskammer bestimmt.

Bei der Auswahl der Mitglieder der Kreisbewertungskommission soll neben der fachlichen Qualifikation im Sinne der Bewertungsmerkmale auch das ehrenamtliche Engagement der Vereine, im besonderen auch der Landfrauenverbände, der Gartenbau- und Heimatverbände berücksichtigt werden.

Für Kreise und kreisfreie Städte, in denen sich weniger als zehn Ortsteile am Wettbewerb beteiligen, trifft eine von der Landwirtschaftskammer gebildete Bewertungskommission die Vorentscheidung. Im Interesse der Entwicklung von ländlich strukturierten Gemeindeteilen der Ruhrgrößtstädte und Städte der angrenzenden Ballungsrandzone kann ein eigenständiger Bezirkswettbewerb „Ruhrgebiet“ im engen Einvernehmen zwischen der Landwirtschaftskammer, dem Kommunalverband Ruhr und den beteiligten Städten durchgeführt werden.

3.3

Teilnahmeschlüssel für den Landeswettbewerb

Von den am Kreiswettbewerb teilnehmenden Ortsteilen können

- ab 10 Ortsteile 1 Kreissieger,
- ab 30 Ortsteile 2 Kreissieger,
- ab 50 Ortsteile 3 Kreissieger,
- ab 70 Ortsteile 4 Kreissieger,
- ab 90 Ortsteile 5 Kreissieger,
- ab 110 Ortsteile 6 Kreissieger,
- ab 130 Ortsteile 7 Kreissieger

für den Landeswettbewerb gemeldet werden.

4

Anmeldung und Termine

4.1

Kreiswettbewerbe 2005

Die Teilnahme am Kreiswettbewerb 2005 (siehe 3.1) ist ab sofort der zuständigen Kreisverwaltung zu melden. Die Kreise führen im Jahr 2005 einen Kreiseentscheid als Voraussetzung für die Teilnahme am Landeswettbewerb durch.

4.2

Landeswettbewerb 2006

Die Kreise übersenden der Landwirtschaftskammer Nordrhein-Westfalen z. Hdn. Frau Annegret Dedden im Gartenbauzentrum Hans-Tenhaeff-Str. 40–42, 47638 Strahlen

bis spätestens 31. 10. 2005 eine Zusammenstellung der gemeldeten Ortsteile unter Angabe der Einwohnerzahl und des Namens der Gemeinde. Die Kreissieger (siehe 3.3) sind der Landwirtschaftskammer nach Abschluss des Kreiswettbewerbes, spätestens jedoch bis zum 31. 12. 2005, zu melden.

4.3

Bundeswettbewerb 2007

Der Bundeswettbewerb „Unser Dorf hat Zukunft“ 2007 wird vom Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft ausgeschrieben. Voraussetzung für die Meldung zum Bundeswettbewerb 2007 ist die erfolgreiche Teilnahme am vorangegangenen Landeswettbewerb. Das Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen (MUNLV) meldet die Landessieger bis zum 1. Juni 2007 zur Teilnahme an.

Eine sachverständige Bewertungskommission, die vom Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft berufen wird, beurteilt die Leistungen der teilnehmenden Dörfer.

Sie ermittelt die Bundessieger im Sommer 2007.

Düsseldorf, den 13. Januar 2005

Die Ministerin für Umwelt und Naturschutz,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz
des Landes Nordrhein-Westfalen

Bärbel Höhn

– MBl. NRW. 2005 S. 165

Hinweis für die Bezieher der SMBl. NRW.:

Anlässlich des Neudrucks der SMBl. NRW. erreichen uns Anfragen, wo neue Ordner bezogen werden können.

Der Bagel Verlag wies auf folgende Bezugsmöglichkeit hin:

Fa. Hilgenstock GbR, Postfach 5045, 32729 Detmold

Tel. 0 52 31/6 94 60, Telefax 0 52 31/6 94 94

Preise (verbindlich bis 31.3.2005):

Pro Schnellordner mit 4-Lochtechnik, Rückenschild blau lose beigelegt, 6,25 € + MwSt.

Zusätzliche Portokosten:

1– 2 Ordner	bis 2 kg =	4,10 € Päckchen
3– 7 Ordner	bis 5 kg =	6,70 € Paket
8–15 Ordner	bis 10 kg =	9,70 € Paket
16–25 Ordner	bis 20 kg =	13,00 € Paket

Hinweis:

Wollen Sie die Inhaltsangabe eines jeden neuen Gesetzblattes oder Ministerialblattes per Mail zugesandt erhalten? Dann können Sie sich in das **Newsletter-Angebot** der Redaktion eintragen.

Adresse: <http://sgv.im.nrw.de>, dort: kostenloser Service.

Einzelpreis dieser Nummer 4,95 Euro

zuzügl. Porto- und Versandkosten

Bestellungen, Anfragen usw. sind an den A. Bagel Verlag zu richten. Anschrift und Telefonnummer wie folgt für

Abonnementsbestellungen: Grafenberger Allee 82, Fax (02 11) 96 82/2 29, Tel. (02 11) 96 82/2 38 (8.00–12.30 Uhr), 40237 Düsseldorf

Bezugspreis halbjährlich 57,50 Euro (Kalenderhalbjahr). Jahresbezug 115.– Euro (Kalenderjahr), zahlbar im voraus. Abbestellungen für Kalenderhalbjahresbezug müssen bis zum 30. 4. bzw. 31. 10., für Kalenderjahresbezug bis zum 31. 10. eines jeden Jahres beim A. Bagel Verlag vorliegen.

Reklamationen über nicht erfolgte Lieferungen aus dem Abonnement werden nur innerhalb einer Frist von vier Wochen nach Erscheinen anerkannt.

In den Bezugs- und Einzelpreisen ist keine Umsatzsteuer i. S. d. § 14 UStG enthalten.

Einzelbestellungen: Grafenberger Allee 82, Fax: (02 11) 96 82/2 29, Tel. (02 11) 96 82/2 41, 40237 Düsseldorf

Von Vorabesendungen des Rechnungsbetrages – in welcher Form auch immer – bitten wir abzusehen. Die Lieferungen erfolgen nur aufgrund schriftlicher Bestellung gegen Rechnung. Es wird dringend empfohlen, Nachbestellungen des Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen möglichst innerhalb eines Vierteljahres nach Erscheinen der jeweiligen Nummer beim A. Bagel Verlag vorzunehmen, um späteren Lieferschwierigkeiten vorzubeugen. Wenn nicht innerhalb von vier Wochen eine Lieferung erfolgt, gilt die Nummer als vergriffen. Eine besondere Benachrichtigung ergeht nicht.

Herausgeber: Landesregierung Nordrhein-Westfalen, Haroldstraße 5, 40213 Düsseldorf

Herstellung und Vertrieb im Namen und für Rechnung des Herausgebers: A. Bagel Verlag, Grafenberger Allee 82, 40237 Düsseldorf

Druck: TSB Tiefdruck Schwann-Bagel, Düsseldorf und Mönchengladbach

ISSN 0177-3569